Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen
Grafrath/Kottgeisering

Ausgabe Februar 2015

Flüchtlinge willkommen !

***"In Grafrath sind Flüchtlinge willkommen",* das ist die klare Botschaft des Grafrather Asyl-Kreises. Mit viel Engagement setzen sich über 20 Grafrather BürgerInnen für die Flüchtlinge ein und betreuen sie im alltäglichen Leben bei Behördengängen und bei der Integration im Ort, damit sie sich sicher und geborgen fühlen. Im Folgenden berichtet Susanne Engelmann über die Arbeit des Asylkreises:**

2012 - die ersten Asylsuchenden aus Syrien

Fluchtwege aus Syrien nach Bayern

Das Flüchtlingsthema war noch nicht aktuell, kaum Berichte in der Zeitung, da gab es schon die ersten asylsuchenden Menschen in Grafrath, untergebracht in einem Privathaus in der Rassosiedlung.
Wie waren sie hierhergekommen? Wer wusste von ihnen?
Die 11 Menschen hatten auf ganz unterschiedlichen Wegen Bayern erreicht.
Eine Familie reiste weg von Damaskus über Polen, wo der älteste Sohn bereits lebte. Dort mussten sie bei der Polizei ihren Fingerabdruck leisten. Wegen diesem gespeicherten Abdruck wurde der mittlere Sohn gemäß dem Dublin II Erlass im Frühjahr 2013 mit sehr harschen Maßnahmen wieder von Grafrath nach Polen abgeschoben.
Die zweite Familie aus Aleppo floh mit Hilfe von Schleusern, die für diese Aktion sehr viel Geld kassierten, unter Planen in LKWs, zu Fuß, über mehrere Ländergrenzen bis zur Endstation: Bayernkaserne München.
Der dritten Familie gelang es, mit von Schleusern gefälschten Pässen in einem Flugzeug ab Athen in München zu landen. Die Strafe für die gefälschten Pässe zahlen sie noch heute in Raten ab.
Diese 3 Familien haben ihre Verwandten, ihr ganzes Hab und Gut in Syrien zurückgelassen, um dem Krieg zu entrinnen und hoffen nun, hier willkommen zu sein und ein neues selbständiges Leben aufbauen zu können, d.h.

Die Mitglieder des Helferkreises freuen sich über neue Aktive

in einer eigenen Wohnung, mit einer einträglichen Arbeit.
Das aber können sie nicht alleine bewältigen.

Gründung des Asylkreises Grafrath und Einsatz 2013

Im Herbst 2012 bemerkten zunächst nur die Nachbarn die neuen Mitbürger. Sie brachten die syrischen Kinder zur Schule, knüpften die ersten Kontakte und halfen kleinweise. Über eine Veranstaltung der Caritas in FFB taten sich im Januar 5 ehrenamtliche Helfer aus Grafrath zusammen, die spontan den Asylkreis Grafrath gründeten um den angekommenen Syrern in ihrem Ort menschlich und bei allen bürokratischen Hürden unter die Arme zu greifen.

Gemeinsame Tänze bei der Benefizveranstaltung für Syrien 2014

Es wurden Deutschkurse eingerichtet, zuhause und in der "Mitti" (Mittagsbetreuung), Formulare bearbeitet, zum Landratsamt (LRA) begleitet, Arzttermine ausgemacht, Kontakte mit der Schule und der „Mitti“ hergestellt, Großeinkäufe beim Discounter getätigt und viel mit Händen und Füßen geredet und verständigt.
Kleine Feste wurden gemeinsam auf die Beine gestellt, gekocht, gebacken, getanzt Was noch? Schifffahrten auf dem Ammersee, Fußball spielen, Schwimmen lernen, Wanderungen, Radfahrten, lachen und weinen, sich sorgen und hoffen.

Kulturen begegnen sich und bereichern

Trotz ihres dramatischen Schicksals und dem Leben in einer Diktatur zeigten sich alle Syrer überaus gastfreundlich, zugewandt, interessiert, warmherzig und dankbar für jegliche Widmung.
Uns Helfern machte diese Arbeit große Freude und was wir an Zuwendung gaben, bekamen wir vielfach zurück. So wuchs unser kleiner Helferkreis, tatkräftige Frauen kamen dazu, aber auch Adel Nibu, ein in Grafrath verheirateter Syrer, der stets als Dolmetscher fungiert, kurdisch und arabisch spricht und auch Kultur und Lebensgewohnheiten dieser Länder gut kennt.
2013 erhielten die 3 syrischen Familien ihre Anerkennung als Flüchtlinge in Deutschland, d.h. sie wechselten jetzt aus der Obhut des LRA in die des Jobcenters und werden von den jeweiligen Betreuern bis heute unterstützt.

Kleiner Beginn eines eigenständigen Lebens

Mit diesem Behördenwechsel heißt es ausziehen aus den Asylunterkünften und eine eigene Mietwohnung suchen. Stress pur! Wie soll das in und um München möglich sein???
Der Asylkreis arbeitet bei der Wohnungssuche auf Hochtouren. Gott sei Dank wird er fündig im Bekanntenkreis: 1 Wohnung in Grafrath und 2 in der Buchenau können bezogen werden. Vielen Dank diesen Vermietern! Aber auch die Vermieter können sich freuen: Die neuen BewohnerInnen, die wir kennengelernt haben, kochen fantastisch und achten auf ihr Heim. Die Kinder sind wohlerzogen und - alle suchen den Kontakt zu ihren Mitmenschen und lernen mit Freude Deutsch.
Was will man mehr in einer offenen Gesellschaft!

2014 - Benefizveranstaltung am 29.Mai in der Schule Grafrath

Thema : Syrer helfen Syrien

Asylsuchende und Asylhelfer wirkten im Asylkreis so positiv zusammen, dass wir uns auf ein wirklich großes Projekt einlassen wollten. Wir wussten nicht nur aus der Presse, sondern auch von unseren Schützlingen und durch Adel Nibu, dass sich das Elend in der syrischen Heimat immer dramatischer auswirkt und weiterhin gefährlich bleiben wird , so dass wir nicht nur vor Ort, sondern auch dorthin tätig werden wollten.
Eine große Benefizveranstaltung mit vielen Programmpunkten wurde über 2 Monate vorbereitet. Das Büffet nachmittags und abends erstellten für mehrere 100 Menschen alleine die Syrer, alle restlichen Arbeiten vollbrachten wir zusammen. Es gab Sponsoren, Heinzelmännchen, Monika Glammert-Zwölfer mit ihrem Organisationstalent und Adel Nibu, der an mehreren Fronten kämpfte, Birgitt Epp, die tolle Gewinne locker machte und vor allem gab es großzügige Spender, Spender, Spender.
Die Veranstaltung mit dem eindrucksvollen, heftig beklatschten Vortrag über „Flüchtlinge“ von Thomas Pietro Peral, mit der Musik vom aufmischenden Jazztrio und die vielen Einlagen waren ein voller Erfolg für uns Veranstalter, für die Gäste, aber auch finanziell gesehen.

Transport von 5 Dialysegeräten für Nierenkranke nach Syrien

Die vielen Spenden machten es möglich: Wir konnten von dem Geld 5 gebrauchte, neu gewartete Dialysegeräte erstehen, 3 Osmosegeräte und viel Zubehör und Medikamente, die die Patienten in Afrin, im NW von Syrien, so dringend benötigen.
Aktion Medeor sorgte im Herbst für die Erstellung und Verpackung des gesamten Materials und im November machte sich der LKW-Transport endlich auf den Weg über das Mittelmeer in die Türkei und jetzt schließlich in das Gefahrenland Syrien. Im Moment steht die Ware in einem Lager ca. 60 km vor Afrin, dem Zielort.
Der Weg ist gefährlich wegen der ständigen Terrorgefahr, die letzten km müssen mit großer Umsicht zurückgelegt werden. Wir alle hoffen, dass in den nächsten 14 Tagen die Geräte ihr Endziel erreichen und für die Kranken im Gebiet um Afrin zum Einsatz kommen.

Sommer 2014 - Ein Flüchtlingsstrom setzt ein
Neue Unterkünfte in Grafrath

Schon 2013 kam zu der Unterkunft in der Rassosiedlung eine neue Unterkunft in der Mauerner Straße dazu.
Zeitgleich mit der Benefizveranstaltung mietete das Landratsamt noch 2 weitere Häuser in der Hauptstraße. In dem hinteren leben jetzt 5 alleinstehende Frauen aus Nigeria, die im Sommer so nach und nach Babys zur Welt brachten und viel Fürsorge und Aufmerksamkeit beanspruchen.

Grafrath versorgt entsprechend viele Flüchtlinge

Insgesamt wohnen zur Zeit in den 4 Unterkünften vom LRA :
24 Syrer, 10 Frauen und Babys aus Nigeria, 1 Person aus Uganda, 1 aus dem Irak, 1 Senegalese, 1 Mann aus Eritrea, 6 Serben, also 44 Flüchtlinge.

Eine kurdische Familie bedankt sich mit einem Festmahl bei den Helfern

Dazu betreuen wir 8 anerkannte Syrer in Grafrath, die in 2 Mietwohnungen leben,
und 7 in der Buchenau, die dort in 2 Wohnungen und einem Appartement wohnen, also 15 Personen.
Fazit: unser Asylkreis, der aus ungefähr 18 aktiven ehrenamtlichen Betreuern besteht, davon 8 Paten und zusätzlich ca. 8 weitere Personen zur Verfügung hat, die mitunter einspringen, betreut 59 Asylsuchende mit kleinen und großen Anliegen.
Mitunter sind die Paten auch eingebunden in Notlagen von zusätzlichen Familienangehörigen in anderen Orten oder Ländern über Konsulate und Rechtsanwälte.
Weitere Asylsuchende kommen demnächst nach Grafrath, die Unterkunft in der Rassosiedlung wird um 2 Wohneinheiten vergrößert.

Teamwork und Vernetzung in der Gemeinde ist angesagt.
Unterstützung durch die Gemeinde und alle Organisationen im Ort

Seit Herbst 2014 ist die neue Ansage aller Bürgermeister im Landkreis FFB: Es ist unsere Aufgabe, Flüchtlinge willkommen zu heißen, für die Menschen Sorge zu tragen, ihnen Unterkunft und eine Lebensperspektive zu bieten.
So ist auch der Asylkreis auf die Gemeinde zugegangen, hat dieses Anliegen herangetragen, dass wir ein Teil der Helfer sind, aber die Hauptverantwortung für die Flüchtlinge bei der Gemeinde liegt. Wir ehrenamtlichen Helfer freuen uns nicht nur über offene Ohren für unsere Anliegen, wir freuen uns, wenn die Gemeinde die Asylpolitik zu ihrem Anliegen macht und vorbildliche Ergebnisse sichtbar werden. Ziele sind:
Die Kirchen und gemeindlichen Einrichtungen gehen auf die Asylsuchenden zu, laden sie zu Veranstaltungen ein, schaffen Projekte, unterstützen sie bei der Integration und nehmen sie mit.
Hauptanliegen ist der aktive Einsatz für Mietwohnungen (leer stehende Einliegerwohnungen, Ferienwohnungen) und Anfragen für Praktika, Jobs oder Arbeitsmöglichkeiten und Ausbildungsplätze bei Betrieben.

Wir suchen Helfer im Ort

Zudem würde sich der Helferkreis freuen, wenn er noch zusätzliche Unterstützung durch aktive Helfer bekommt. Er ist dabei, ein hilfreiches Handbuch für jeden Helfer zu erstellen, bietet Neueinsteigern Anfangsbegleitung zu den Familien.
Wichtige Voraussetzung zum Helfen: Freude, mit fremden Menschen umzugehen, zuhören, sich für die Kultur interessieren, auf das Leben hier neugierig machen, Zeit, eigene Stabilität und Energie mitbringen, die Begegnung soll für den Flüchtling eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein, aber, da ehrenamtlich: Keine Dauerverpflichtung, Auszeit ist immer drin! Dann bereitet die Arbeit Freude und das, was man gibt, kommt auch vielfach zurück.
Zum Anmelden bei Interesse wichtig:

unsere Asylkreis Emailadresse:
grafrath@asylhelfer.bayern

.

Miteinander leben – AsylbewerberInnen in Kottgeisering

Die aktuelle weltpolitische Situation hat dazu geführt, dass derzeit mehr als fünfzig Millionen Menschen gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen. Seit vielen Jahren fordert GRÜNE Asylpolitik: Alle hier dauerhaft oder auch nur vorübergehend lebenden Menschen sollen Teil unserer Gesellschaft sein können.

Landrat und BürgermeisterInnen der Gemeinden im Landkreis Fürstenfeldbruck haben nun einen Verteilerschlüssel erarbeitet, mit dem die Aufnahme der aktuellen Flüchtlingswelle gemeinsam geregelt werden kann. Deshalb stellt Kottgeisering sich darauf ein, bis Ende 2015 einundzwanzig Asylsuchende aufzunehmen.

Um die Forderung nach einem guten Miteinander umzusetzen, braucht es dazu die volle Unterstützung der Gemeinden und ihrer BürgerInnen.

Die Aufgabe der Gemeinden besteht darin, Strukturen zu nützen und bereitzustellen, die die Eingliederung der zu uns kommenden Menschen erleichtern. Dazu gehört die Initiierung und Organisation eines Asylhelferkreises. Sie muss sich dafür einsetzen, dass der zusätzlich benötigte Wohnraum gefunden wird und zu uns kommenden Menschen zu ermöglichen, bestehende Strukturen zu nutzen. Dies betrifft die Ämter ebenso wie Schulen, Kindergärten und Vereine.

Aber auch jedE Einzelne kann sich mit ihren Fähigkeiten im Rahmen des Helferkreises einbringen. Ob konkrete Unterstützung beim Aufbau einer vorübergehenden Bleibe, Begleitung bei Arzt- und Behördengängen, dem Lernen der Sprache, der Aufnahme in Vereine, dem Angebot von menschlichem Miteinander. Jedes Angebot ist willkommen. Alle haben die Möglichkeit etwas beizutragen für ein gutes Miteinander. Eine bestehende Dorfgemeinschaft wird durch das Interesse für andere Menschen und Kulturen und deren Einbindung nicht bedroht, sondern belebt. Durch Offenheit und Solidarität können wir gemeinsam dazu beitragen, die Flüchtlinge in unser Gemeindeleben zu integrieren.

Was ist los mit dem neuen Supermarkt ?

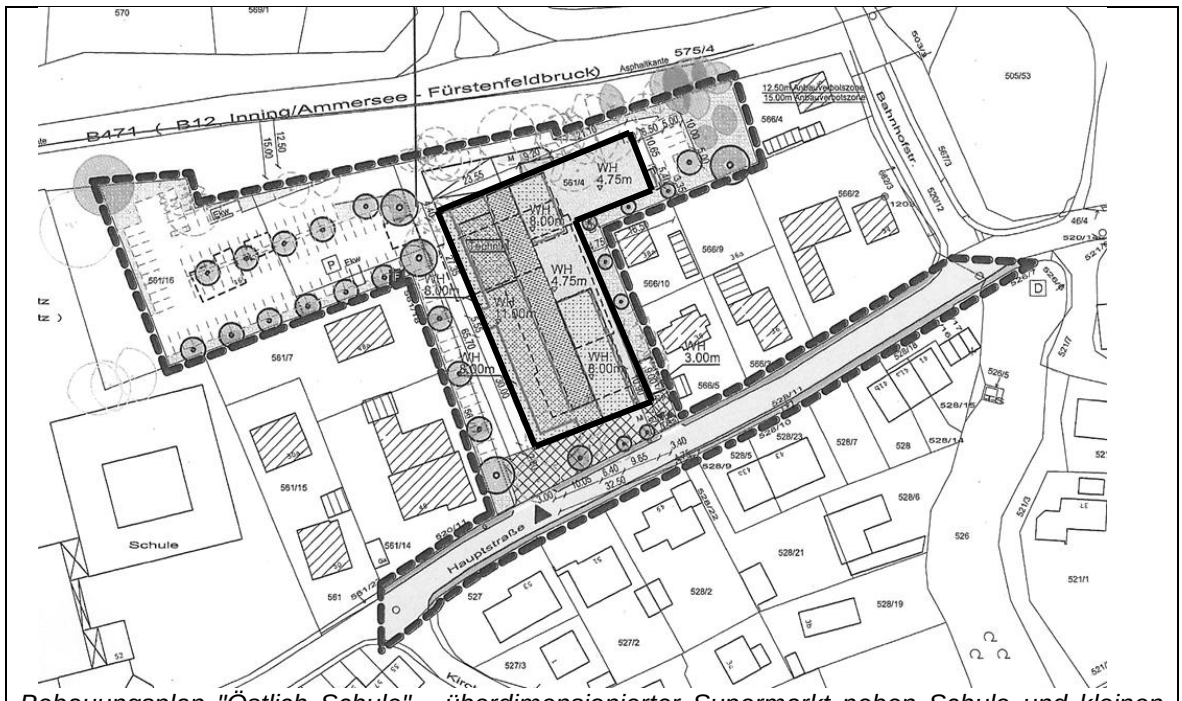
Jetzt sind wieder die BürgerInnen gefragt:

bis zum 23.Februar 2015 werden die aktuellen Pläne zum geplanten Supermarkt bei der Gemeinde ausgelegt und es können Einwendungen zur Größe, Gestaltung, Verkehrsproblematik usw. vorgetragen werden.
Auch auf der Internet-Seite der Gemeinde Grafrath sind Unterlagen dazu einsehbar: www.grafrath.de

Die Grafrather BürgerInnen haben vor knapp einem Jahr im Bürgerentscheid für einen Supermarkt in der Hauptstraße gestimmt. Wir haben uns gegen einen Supermarkt der vorgesehenen Größe ausgesprochen, müssen allerdings das Ergebnis des Bürgerentscheids akzeptieren.

Die weitere Planung für den Supermarkt mit darüber liegenden Arztpraxen und Wohnungen einschließlich Wohnungen für ältere MitbürgerInnen gingen allerdings schleppend voran, weil die Ansichten zwischen Gemeinderat und Investor in einigen Detailfragen nicht übereinstimmten. Da eine angedachte Heizanlage, die auch den Schulkomplex versorgen sollte, aus wirtschaftlichen Gründen nicht realisiert werden konnte, sollte auf Wunsch des Gemeinderats wenigstens das geplante massive Gebäude etwas aufgelockert werden, indem der vorgesehene Getränkemarkt vom restlichen Supermarkt im freiwerdenden Bereich abgekoppelt und das Gebäude noch weiter von der Hauptstraße abgerückt wird. Dazu war der Investor aber nicht bereit. Aus wirtschaftlichen Gründen sollte Supermarkt und Getränkemarkt eine Einheit mit über 1.500qm Verkaufsfläche bleiben, obwohl der Gesetzgeber im Landesentwicklungsprogramm bei Größen über 1.200 qm eine strenge wirtschaftliche und räumliche Trennung der Betriebsstätten vorschreibt.

Somit geht die Gemeinde etwas unbefriedigend in die weitere Planung. Für uns ist nach wie vor ungeklärt, wie die prognostizierte Zunahme des Straßenverkehrs um ca. 80 % in der Hauptstraße risikofrei bewältigt wird. Eine Verbreiterung eines Gehweges um 50 cm ist zwar ein Vorteil, wird aber an der allgemeinen Verkehrssituation nichts ändern.
Nach wie vor sind wir der Meinung, dass der geplante Supermarkt und Getränkemarkt mit ca. 1.500 qm Verkaufsfläche für Grafrath viel zu groß ausfällt und unsinnigerweise auch Kundschaft aus anderen Orten anziehen soll. Bei dieser Größe ist es nach wie vor ungeklärt, ob die zusammengefassten Märkte bei einem Betreiber (wahrscheinlich Edeka) überhaupt genehmigt werden können. (siehe oben).



Bebauungsplan "Östlich Schule" - überdimensionierter Supermarkt neben Schule und kleinen Wohnhäusern

Klosterwirt Grafrath - Gemeinderat will neue Wege gehen

Nachdem in der Vergangenheit 2 Ansätze zur Sanierung des Klosterwirt-Gebäudes und der Bebauung des angrenzenden Areals gescheitert sind, müssen nun neue Wege eingeschlagen werden, um die Ergebnisse des letzten Bürgerentscheides zu berücksichtigen. Dazu gründete der Gemeinderat im Frühjahr 2014 einen Arbeitskreis, an dem sich über 20 BürgerInnen und mehrere Gemeinderäte beteiligten. Nach halbjähriger Arbeit hat dieser engagiert arbeitende Arbeitskreis unter der Leitung von Herrn Prof. Zink Ergebnisse vorgelegt, die der Gemeinderat im Dezember 2014 als Diskussionsgrundlage für die weiteren Arbeiten aufgenommen hat und die wir nebenstehend dokumentieren.

Empfehlungen des Arbeitskreises „Klosterareal“ an den Rat der Gemeinde Grafrath

Befund

Seit mehr als zwanzig Jahren wird der „Klosterwirt“. ein traditionell bayerisches Gasthaus mit Wirtsgarten, nicht mehr bewirtschaftet. Das stattliche Gebäude ist das Gegenüber der Wallfahrtskirche und des dazugehörigen Franziskanerklosters und hat ortsbildprägenden Charakter. Das Wirtshaus mit dem angegliederten, denkmalgeschützten Stadel ist seitdem dem Verfall preisgegeben. Die das Umfeld betreffenden Planungen und Bauten haben zudem in der Vergangenheit die ortsbildliche und geschichtliche Bedeutung des gesamten Areals nicht mehr gewürdigt. So dominieren plattenverkleidete Häuser und schachtelähnliche Garagen das Straßenbild zwischen Kloster und dessen ehemaligem Hofgebäude. Die Unzufriedenheit mit dieser Örtlichkeit, die zudem durch die Bundesstraße B 471 geteilt wird, ist nicht nur unter Bürgern mit gestalterischem Interesse groß: der Ort ist zu einem „Unort“ geworden.

Aufgabe

Der Aufruf zur Abhilfe ist wohl gehört, die Frage aber ist, wie die Situation zu ändern ist und auf welche Weise die unter Beteiligten und Interessenten (Eigentümer, Bauwerber und Bevölkerung) unterschiedlichen Vorstellungen zu vereinen sind. Mit der im Befund aufgezeigten Erfahrung mahnt uns die Ortsgeschichte zu einem Lernprozess: sie kann und darf nicht ignoriert werden. Sie verpflichtet uns, weil sie mit jenem Ort verbunden ist, der uns überliefert ist, dem Ort, an dem wir leben und handeln. Nur wer diese Geschichte kennt und sie achtet, kann auf die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft richtig antworten.

Im Auftrag des Gemeinderats haben sich Menschen gefunden, die sich mit dem Thema der Gestaltung des „Klosterareals“ auseinandersetzen. Sie wollen Vorschläge unterbreiten, welche die Möglichkeit bieten, sowohl in inhaltlicher, als auch in gestalterischer Hinsicht Einheitliches entstehen zu lassen. Dabei geht es ihnen darum, unter Achtung des ortsgeschichtlichen Erbes Neues zu schaffen, etwas, was zu einem Ort der Grafrather Identität werden kann. Ihre Vorschläge eröffnen darüber hinaus aber auch die Möglichkeit, die kommunalen Einrichtungen nördlich der Amper mit den geschichtlichen Schwerpunkten, der Wallfahrtskirche, dem Kloster und dem ehemaligen Gutshof zu einer örtlich zentralen Einheit zu verbinden.

Zu einer ersten Konkretisierung hat daher der vom Gemeinderat ins Leben gerufene Arbeitskreis drei Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit den Schwerpunkten „Umfeld“, „Wirtschaft und Stadel“ sowie „Wohnen“ befasst haben.

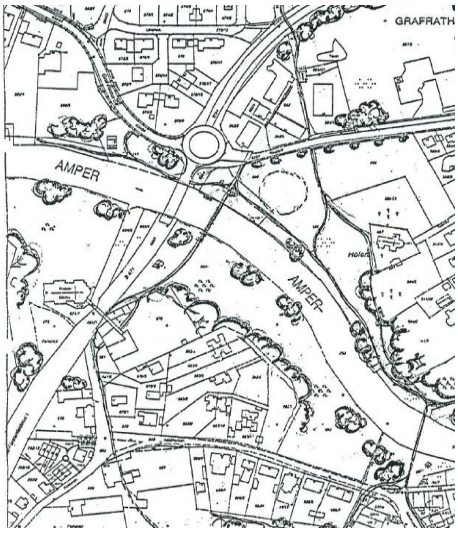
Berichte und Empfehlungen der Arbeitsgruppen

1. Umfeld

Zentrales Thema der Diskussion der Arbeitsgruppe war die gestalterische und baurechtliche Situation rund um Kirche, Kloster und „Klosterwirt“. Baurechtlich betrachtet, kann das Wirtsgebäude abgerissen werden. Baurechtlich könnte auf dem derzeit leeren Grundstück gegenüber dem Kloster (Huber-Grundstück) ein neues Gebäude errichtet werden, welches keinerlei Rücksicht auf das Kloster nimmt. Auch die Verkehrssituation - die Abbiegung am Kloster und der Verkehr auf der „Klosterstraße“ - hat in der Arbeitsgruppe zu Überlegungen alternativer Lösungen geführt.

Vorschläge:

1. Baurechtlich muss das Wirtsgebäude im bestehenden oder neuen Bebauungsplan sowohl in seiner Kubatur, als auch in seinem ursprünglichen Erscheinungsbild gesichert werden.
2. Das neue Baugebiet und die „Adalmuntstraße“ sollen über einen neuen Kreisverkehr - der verkehrsberuhigend wirken kann - erschlossen werden.
3. Die damit verkehrsberuhigte Verbindung zwischen Kloster und Wirtsgebäude soll neu gestaltet werden. Dabei sind das neu zu planende Gebäude gegenüber dem Kloster und die neuen Parkplatzpläne am Kloster und an der Wallfahrtskirche mit einzubeziehen.
4. Eine neue Fußgängerbrücke über die Amper, die das Rathaus (die „Hauptstraße“) über eine, gegenwärtig zum Kloster gehörende Fläche mit der „Klosterstraße“ verbindet, soll den gefährlichen Fußweg entlang der B 471 ersetzen und so zu einer weiteren Beruhigung der Verkehrssituation beitragen.



Jede künftige Bebauung im Süden des „Klosterwirts“ soll Bezug zum geschichtlichen Ort, dem ehemaligen Hof des Grafen Rath auf dem Grafrather Wörth, inhaltlich und gestalterisch herstellen. Die Bewahrung und Belebung der Ortsgeschichte sowie die künftige Nutzung des denkmalgeschützten Stadels sind Aufgaben, denen sich die Grafrather Bürger mit der Gründung eines Fördervereins widmen sollten.

2. Wirtsgebäude und Stadel

Im Bewusstsein, dass das Thema in einem Gesamtkonzept für die ganze Umgebung steht und zugleich mit dem aktuellen, aber auch geschichtlichen Ort „Grafrath“ engstens verbunden ist, hat die Arbeitsgruppe zunächst zahlenmäßig die vorrangigen Bürgerwünsche zu möglichen Funktionen und Nutzungen der beiden Gebäude ausgewertet und daraufhin Prioritäten definiert.

Im Vordergrund der Nutzung des **Wirtsgebäudes** wird nach wie vor der Betrieb einer Gaststätte mit Übernachtungsmöglichkeiten gewünscht. Im **Stadel** soll unter dem denkmalgeschützten Gewölbe ein zu vielen Zwecken nutzbarer, großer Saal entstehen. Das Gebäude soll darüber hinaus Platz bieten für ein Cafe, einen Andenkenladen, ein kleines Geschäft zum Verkauf regionaler Produkte, ein kleines Museum mit wechselnden Ausstellungen sowie für Pilgerunterkünfte.

In weiteren Treffen hat die Arbeitsgruppe sodann die Wünsche unter den Aspekten des Bedarfs, der Machbarkeit und der gegebenen Grenzen erörtert und gewürdigt:

Das **Wirtsgebäude** bedarf eines inhaltlich und wirtschaftlich tragfähigen, vielseitigen und flexiblen Gestaltungs- und Betriebskonzepts, das Gäste aus dem benachbarten Wohngebiet, der ganzen Gemeinde Grafrath und dem Umland anzieht und bindet. Die für den **Stadel** genannten Funktionen und Nutzungen sind - jeweils gesondert betrachtet - wirtschaftlich nicht autark. Sie gewinnen jedoch Perspektive in sinnvollen Kombinationen untereinander, mit dem Gasthaus , dem umliegenden Wohngebiet und dem ganzen Ort Grafrath. Unter diesem Blickwinkel verspricht ein **flexibles, prozessorientiertes Gestaltungs- und Nutzungskonzept** für den Stadel Erfolg, das neben klaren Eckdaten vor allem inhaltliche und räumliche Planungsfreiräume bereitstellt. In diesem Prozess können Optionen entstehen, welche die Entwicklung des Gesamtprojekts im ganzen Areal fördern und bereichern.

3. Wohnen

Angesichts der langen Entwicklungsgeschichte möglicher Bebauungen mit entsprechenden Bürgerentscheiden ist allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe wichtig, dass auf dem Gelände des „Klosterwirts“ und den angrenzenden, be-

baubaren Flächen eine Siedlung mit Modellcharakter entsteht. Die Arbeitsgruppe entwickelte daher einen Fragebogen, der den Bürgern Grafraths mit dem Mitteilungsblatt der Gemeinde zugestellt wurde. Ihre Antworten und die Diskussionen in der Arbeitsgruppe lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Es besteht ein deutlicher Wunsch nach Wohngelegenheit mit vielen Flächen, Treffpunkten und Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Nutzung.
2. Interessierte Gruppen sollen die Möglichkeit haben an der Planung beteiligt zu sein und eigenverantwortlich zu bauen.
3. Im neuen Wohngebiet sind auch Einrichtungen und Dienste für ältere und mobilitätseingeschränkte Personen vorzusehen.
4. Generationsübergreifendes Wohnen ist in der Planung zu berücksichtigen.
5. Der Wohnraum soll für Eigentümer und Mieter bezahlbar sein.
6. Die Architektur sowohl der Einzelobjekte, als auch der gesamten Anlage soll einem Gestaltungskonzept folgen.

Dem Verständnis dieser Wünsche, aber auch zur Grundlage weiterer Planungen können die Umfrageergebnisse dienen.

Empfehlungen des Arbeitskreises zur weiteren, offenen Planung

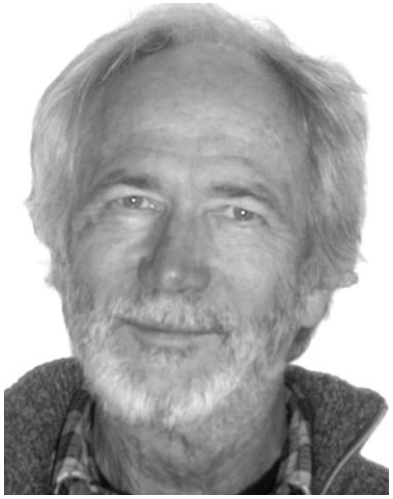
Der Arbeitskreis plädiert für einen offenen Planungsprozess in der Verantwortung des Gemeinderats und unter ständiger Beteiligung der Bürger der Gemeinde Grafrath und einschlägiger Fachleute.
Um die Zustimmung großer Teile der Grafrather Bevölkerung zu erreichen, bedarf dieser Planungsprozess gewisser Freiräume, verlässlicher Eckdaten und einer Offenheit für künftige Entwicklungen.
Er wird in dem Maß gelingen, in dem die Bürger kontinuierlich informiert sind und ihn aktiv und dauerhaft mitgestalten.
Angehörige der jüngeren und älteren Generation können dabei nachhaltig und für ihren neuen Lebensraum in Grafrath initiativ werden.
Für temporäre und mutige experimentelle Projekte lassen sich - mit fördernden Rahmenbedingungen - z.B. Grafrather Schulen, Vereine und Kirchengemeinden sowie kreativ-wirtschaftliche und künstlerische Interessenten gewinnen.

Arbeitskreis „Klosterwirt“
22.10.14

Wie kann es am Klosterwirt weitergehen?

Der Gemeinderat hat im Dezember 2014 beschlossen, einen Antrag auf Städtebau-Förderung des Ensembles Kloster bis Klosterwirt und Stadl zu stellen. Dieses umfasst die Sanierungskosten des Stadls sowie die Gestaltung der Freiflächen, Straßen und Straßen-Begleiträume, die nicht in Privatbesitz sind. Wird der Antrag befürwortet, könnten 60% aller nicht wirtschaftlich orientierten Planungs-, Wettbewerbs- und Baumaßnahmen übernommen werden.
Wird der Antrag positiv beschieden, kann mit der zugesagten Beteiligung der Grundstückserben ein erster Schritt für ein Planungs- und Realisierungskonzept unternommen werden. Welche Nutzungsmöglichkeiten letztlich realisiert werden, entscheidet sich erst später. Bei diesem Entscheidungsprozess werden die BürgerInnen wieder mit einbezogen.

Wie viel Bauland südlich des Stadls zu welchen Konditionen für dieses Konzept ausgewiesen wird, ist noch offen. Dies wird maßgeblich vom Verhandlungsgeschick des Bürgermeisters abhängen.
Wichtig scheint dabei zu sein, dass die bei einer Umfrage formulierten Wünsche der Bevölkerung zum Thema „Wohnen“ berücksichtigt werden. Wie sich zeigte, stehen nicht die Bauträgerklischees der normierten „Wohnträume“, gereiht, sauber, „klein aber mein“ im Vordergrund , sondern soziales Wohnen mit Gemeinschaftsflächen statt Einheitsgrün mit Obi-Gerätehaus. Neben dem sozialen Aspekt auch ein ökonomischer Aspekt, denn nicht jeder Haushalt muss die Räume und Geräte vorhalten, die er nur selten benötigt. Teilen kann mehr sein und gibt Freiräume für selbstbestimmtes Leben. Es könnte ein spannendes Projekt werden.



Neu für uns im Gemeinderat Grafrath: Peter-Michael Kaifler

Als Architekt und Stadtplaner hat Peter-Michael Kaifler in den vergangenen 30 Jahren in Grafrath neben diversen Gebäuden und Bebauungsplänen auch öffentliche Bauten nach gewonnenen Wettbewerben, wie z.B. den Bürgerstadl oder die Gebäudegruppe mit Rathaus, Feuerwehr und Sparkasse gestaltet.

Seit er vor etwa 40 Jahren von Fürstenfeldbruck nach Grafrath gezogen ist, verfolgt er die Entwicklung seines neuen Heimatortes mit kritischen Augen. So kommt es nicht von ungefähr, dass er sich insbesondere mit allen verantwortungsvollen BürgerInnen gegen die weitere Verunstaltung des Ortes einsetzt. Ein besonderes Anliegen ist ihm dabei der Erhalt alter, bedeutender Bauten, die das Ortsbild prägen. Seine Hoffnung ist, dass mit den demnächst anlaufenden Planungen zur weiteren Ortsentwicklung Bürgerinteressen und Gestaltqualität Vorrang haben vor Investor-Interessen. In seiner Arbeit im Gemeinderat und Bauausschuss möchte er seine Berufserfahrung und Fachkenntnis für ein verbessertes Ortsbild einbringen.
In seiner freien Zeit widmet er sich den 4 Enkelkindern und betreut zusammen mit seiner Lebensgefährtin eine syrische Flüchtlingsfamilie.

Neu für uns im Gemeinderat Kottgeisering: Gabi Golling

Gabi Golling lebt seit 24 Jahren in Kottgeisering. Ihre drei Söhne sind hier aufgewachsen. Von Anfang an hat sie sich am Ort wohl gefühlt und die wunderschöne Lage wie die Umgebung Kottgeiserings geschätzt. Bis zum Berufsstart und der Familiengründung war sie schon in Fürstenfeldbruck gesellschaftlich und politisch sehr engagiert, so auch beim Ortsverband der Grünen. Viel Zeit widmete sie in den letzten 20 Jahren der Familie, dem „Nestbau“ in Kottgeisering und auch ihrem Beruf als psychologische Psychotherapeutin, den sie bis heute mit großem Interesse ausübt.

Das sozialpolitische Engagement beschränkte sich auf Bereiche ihres Lebensumfeldes: einige Jahre als ehrenamtliche Vorständin im Kindergarten ihrer Kinder, die ebenfalls ehrenamtliche Mitarbeit im Vorstand eines gemeinnützigen Trägervereins der Sozialpsychiatrie in München, langjährige Mitarbeit in der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Fürstenfeldbruck, in der die Versorgungsstrukturen für Menschen mit psychischen Erkrankungen im Landkreis mitentwickelt werden - und natürlich auch der Kontakt und Austausch mit der stetig arbeitenden Gruppe von Grün denkenden Menschen in Grafrath und Kottgeisering.

So hat es sie zunächst zwar überrascht, dass so viele Stimmen der Kottgeiseringer Bürgerinnen und Bürger verbunden mit dem „Losglück“ sie in den Gemeinderat gebracht haben. Doch schließlich hat sie dieses Mandat gerne angenommen.

Es gibt viele Themen, die ihr wichtig sind. Fragen zur sozialen Gerechtigkeit sieht sie als ganz entscheidend für die Zukunft unserer globalisierten Welt. So wird uns das Thema in Kottgeisering ganz praktisch erreichen, da sich die Gemeinde verpflichtet hat, demnächst etwa 21 Asylbewerber aufzunehmen. Gründe für Flucht und Vertreibung zu minimieren hat für sie viel mit Ökologie und Umweltschutz zu tun. Sie möchte ihren Teil zur Energiewende beitragen und hofft, dass doch noch zwei Windräder gebaut werden. Gabi Golling: "Möglicherweise in Form einer Bürgerfirma, autonom und selbstbestimmt und nicht in Abhängigkeit von Großkonzernen, wie EON, die so lange es geht, machen was ihnen selber nützt und dann, nach Jahren maximaler Gewinne mal schnell aussteigen, vor allem aus der Verantwortung". Daher sind ihr generell regionale Strukturen wichtig. Dezentrale Strukturen schaffen Versorgung und Arbeitsplätze vor Ort und dienen dem Umweltschutz. Dafür will sie sich einsetzen.

Die neuen Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA

- ein Angriff auf unsere demokratischen Rechte

TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) ist ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA. Es wird momentan weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt.

CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, ist schon weiter: Nach Geheimverhandlungen seit 2009 wurde das 1000-seitige Abschlussdokument am 26. September 2014 dem EU-Parlament in englischer Sprache vorgelegt. Es bedarf jetzt noch der Abstimmung im EU-Parlament und dem Europäischen Rat und muss in allen EU-Mitgliedsländern, dem Kanadischen Parlament und allen kanadischen Provinzen ratifiziert werden. CETA gilt als Testfall für TTIP.

TiSA (Trades in Services Agreement) ist ein Dienstleistungsabkommen zwischen zunächst 23 Ländern einschließlich der EU und den USA, das seit 2012 geheim verhandelt wird.

Alle drei Abkommen gehören zu einer neuen Generation, wo es nicht - wie bei klassischen Handelsabkommen - um den Abbau von Zoll- und Importschranken zwischen verschiedenen Ländern geht. Die Abkommen ermöglichen vielmehr den direkten Zugriff auf mühsam erkämpfte nationale Rechte und bewirken eine Machtverschiebung weg von demokratisch gewählten PolitikerInnen zu multinationalen Konzernen.
Seit mehreren Monaten können wir in der Presse scheibchenweise Informationen über die geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada und USA (siehe Kasten) verfolgen. Mit den bisher durchgesickerten oder bekannten Fakten wird klar: die Auswirkungen werden bis in die Gemeinden reichen. Deshalb haben wir in Grafrath und Kottgeisering Anträge gestellt, dass sich die Gemeinden gegen das geplante Freihandelsabkommen aussprechen.

Geschlossene Ablehnung von TTIP und Co durch die Gemeinderäte von Grafrath und Kottgeisering

In einstimmig gefassten Beschlüssen gegen diese Handelsabkommen heißt es "Diese Art von Verträgen stellen einen massiven Eingriff in unsere kommunale Gestaltungshoheit und unsere kommunale Selbstverwaltung dar."

Es gibt verschiedene Aspekte, von denen wir als Kommunen direkt betroffen wären:

Fehlende Transparenz unterwandert unsere Demokratie!

Derzeit finden Geheimverhandlungen zu TTIP unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Zugang zu den Dokumenten haben hingegen 600 Vertreter von Großkonzernen. Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten. Und obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag, sowie Landkreistag) nicht in die Verhandlungen eingebunden. Dies entspricht nicht unserem Verständnis von Demokratie. Vielmehr muss die Einbeziehung in die Verträge so frühzeitig erfolgen, dass die Gestaltungsfähigkeit gegeben ist. Daher fordern wir einen vollständigen Einblick in alle Verhandlungsdokumente, sowie die Einbeziehung auch der Kommunen über ihre Spitzenverbände in die Verhandlungen.

Investitionsschutz für Konzerne mit Sonderklagerecht gegen demokratisch beschlossene Gesetze

Internationale Konzerne erhalten ein Sonderklagerecht gegen demokratisch beschlossene Gesetze. Zwischen Staaten mit funktionierenden Rechtssystemen ist eine Investitionsschutzklausel überflüssig, da dieses Rechtssystem auf einem Ausgleich von Privat- und Allgemeininteressen fußt. "Private Schiedsgerichte" zur Durchsetzung des Investitionsschutzes internationaler Konzerne stellen somit ein Parallelrechtssystem dar. Damit werden grundlegende Prinzipien des Rechtsstaates unterlaufen. Das Recht der Konzerne kann so demokratisch beschlossene nationale Gesetze aushebeln. Da sogar die Beschlüsse von Gemeinden Anlass für solche Klagen sein können, würde dies dazu führen, dass sich auch

Gemeinderäte in vorauseilendem Gehorsam, bei jedem ihrer Beschlüsse überlegen müssten, ob sie eventuell die Gewinnerwartung eines Konzerns schmälern würden und somit eine Klage gegen den Staat nach sich ziehen könnten. Angesichts der Tatsache, dass in den letzten Jahren die Anzahl der Investor-Staat-Klagen sprunghaft angestiegen ist, stellen wir uns die Frage, wie viele solcher Klagen sich ein Staat, eine Stadt oder eine Gemeinde leisten kann? Wer bezahlt? Der Bund, die Stadt oder die Gemeinde? Einen solchen Eingriff in unsere kommunale Entscheidungshoheit lehnen wir ab!

Globale Wirtschaftsinteressen gegen kommunale Selbstverwaltung

Bei diesen Handelsabkommen stehen typischerweise die Regeln zum grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen und der Schutz ausländischer Investoren im Vordergrund. Es ist deshalb zu befürchten, dass Aufgaben der Gemeinde zur Daseinsvorsorge, wie z. B. die Versorgung mit Wasser und Energie den Gewinninteressen multinationaler Konzerne unterworfen werden.
Immer mehr öffentliche Dienstleistungen werden zum "allgemeinen wirtschaftlichen Interesse" deklariert. Gemäß einer "Marktzugangsverpflichtung" werden die Kommunen gezwungen, z. B. öffentliche Bauaufträge, aber auch Krankenhäuser und soziale Dienstleistungen im Wettbewerbsverfahren (künftig weltweit?) auszuschreiben. Das Gemeinwohl muss in diesen sensiblen Bereichen weiterhin im Vordergrund stehen.

Entscheidungen wo möglich auf unterster Ebene

Die EU darf nicht in die kommunale Selbstverantwortung eingreifen. Dies ist im Lissabon-Vertrag festgeschrieben. Es gilt das sogenannte Subsidiaritätsprinzip, das besagt, dass Entscheidungen wo möglich immer selbstbestimmt auf der untersten Ebene zu treffen sind. Es ist deshalb unverständlich, dass unsere Bundesregierung mit den Verträgen diesen Gesetzesübertritt duldet und ihn sogar noch befördert.

"Endgültigkeitsklauseln" in Handelsabkommen lehnen wir ab

Alle drei Handelsabkommen enthalten sowohl die Stillstands-, wie auch die Ratchetklausel. Die Stillstandsklausel legt fest, dass nach Einigung auf einen Status der Liberalisierung dieser nie wieder angehoben werden darf. Die Ratchetklausel besagt, dass ein staatliches Unternehmen, wie etwa die Stadtwerke, das einmal von einem privaten Investor gekauft wurde, niemals wieder rekommunalisiert werden darf. Es hat sich in jüngster Vergangenheit gezeigt, dass - aus guten Gründen - zahlreiche Privatisierungen öffentlicher Güter wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt wurden. Daher lehnen wir solche "Endgültigkeitsklauseln" ab. Vielmehr ist zu beanstanden, dass keine generelle Austrittsklausel formuliert wurde.
Vereinbarungen, die derart weitreichend in die staatliche und kommunale Regulierungshoheit eingreifen müssen transparent verhandelt und demokratisch legitimiert sein, auch wenn es sich um internationale Abkommen handelt.

Aus den genannten Gründen lehnen wir diese "neue Generation" von Handelsabkommen ab.

Was können Sie selber tun?

Unterschreiben Sie die laufende Eingabe der europäischen Bürgerinitiative "Stopp TTIP".
Unterstützen Sie die Verfassungsbeschwerde gegen CETA
(siehe auch www.grüne-grafrath.de)

Grafrather CSU-Boss im Kampf gegen Windmühlen

Auf die Perspektive kommt es an: Windrad bei Mammendorf höher als die Zugspitze?

Nun ist es endlich da: das erste Windrad im Landkreis FFB dreht sich südlich von Mammendorf und erzeugt im Jahr ca. 6 Mio kwh Strom. Es kann damit ca. 2.000 Haushalte versorgen. Das wären z.B. alle Haushalte von Grafrath und Kottgeisering. Ruhig drehen die Rotorblätter im Wind, keine zerschredderten Vögel säumen die Anlage.

Die heute gebauten Windräder sind sehr leistungsstark und sind damit als erneuerbare Energie ein wesentlichen Beitrag zur Energiewende. Doch der weitere Ausbau der Windkraft kommt immer mehr zum Erliegen: Die neue Abstandsregelung für Windräder ("10 H") in der bayrischen Bauordnung wird dazu führen, dass kaum noch Windräder in Bayern gebaut werden dürfen. Die leistungsfähigen Windräder haben bis zur Spitze der Rotorblätter eine Höhe bis ca. 200 m, der erforderliche Abstand zur Wohnbebauung beträgt dann das 10-fache der Höhe, also ca. 2.000 m. Diese Festlegung ist von der CSU-Regierung völlig willkürlich getroffen und wurde von den Fachleuten bei Anhörungen im bayerischen Landtag fast unisono abgelehnt.

Ein Windrad erzeugt Strom für ca. 2.000 Haushalte

In den bisherigen Planungen auch des Landkreises waren Abstände zur Bebauung von mindestens 800 m vorgesehen und hätten es damit einigen Gemeinden ermöglicht, Windräder zu planen. Voraussetzung ist allerdings, der Wind weht entsprechend stark. Nördlich von Kottgeisering im Wald hätte eine Fläche die Voraussetzungen erfüllt, in Grafrath standen geeignete Flächen (nördlich im Wald) nur auf dem Papier, da dort zu wenig Wind weht.

Windrad bei Inning ?

Das nächste Windrad könnte im Gebiet von Inning, östlich des neuen Gewerbegebiets im Wald entstehen. Hiergegen läuft der Windkraftgegner und Grafrather CSU-Vorsitzende Dr. Kurz (Don Quichotte) zur Zeit Sturm. So hat er mit Unterstützung von SPD (Sancho Pansa) und Frauenliste (Sancha Pansa) durchgesetzt, dass die Gemeinde Grafrath für sich gegenüber Inning die 10-H-Regelung beansprucht, obwohl das Gesetz noch gar nicht galt und die Gemeinde Inning überhaupt noch keine konkrete Planung vorgelegt hat. So wird in Inning am 8. Februar 2015 ein Bürgerentscheid zum Thema Windkraft durchgeführt. Offensichtlich hat Herr Dr. Kurz große Angst davor, dass die Inninger Bürger sich für Windräder aussprechen. Anders ist nicht zu erklären, warum er zuletzt über die örtliche Presse mit Falschmeldungen Verwirrung stiftet:

Angeblich plant die Gemeinde Grafrath eine Popularklage gegen Inning, war dort zu lesen. Davon ist aber weder bei den Gemeinderäten noch dem Bürgermeister Kennerknecht etwas bekannt und auch nicht vorgesehen. Eine Popularklage wurde schon früher einmal gegen den seit 2012 gültigen Windkraft-Flächennutzungsplan des Landkreises Starnberg eingereicht, blieb allerdings erfolglos.

Bessere Aussichten hat allerdings eine laufende Popularklage pro Windkraft, gegen das neue 10-H-Gesetz, da die Bayerische Staatsregierung auf dem Papier die Energiewende ausruft, mit ihren Entscheidungen aber zum Aus für die Windkraft (einer sehr effektiven und auch konkurrenzfähigen alternativen Energie) und gegen den Klimaschutz arbeitet.

Redaktion: Gabi Golling Erik Jäger Elke Struzena Roger Struzena	**Internet:** www.gruene-grafrath.de **eMail:** gruene.grafrath@t-online.de **Information:** Elke Struzena, Tel. 08144 1592